

„Beim Thema klimaneutrale Industrie braucht es maximale Transparenz“

... ist der Energieforscher **Uwe Leprich** überzeugt. Sonst komme es zu Mogelpackungen. Wer es mit dem Klimaschutz ernst meint, müsse das gesamte Wirtschaftssystem nachhaltig umgestalten.

Interview: Jörg-Rainer Zimmermann

neue energie: Wenn es um das Voranbringen der Energiewende geht, wird das Augenmerk derzeit verstärkt auf die Industrie gelenkt. Der Think-tank Agora Energiewende etwa hat unter dem Titel ‚Agora Industrie‘ eigens ein neues Team aufgestellt. Was tut sich da gerade?

Uwe Leprich: Bislang wurde besonders den privaten Verbrauchern und der öffentlichen Elektrizitätswirtschaft mit den EEG-Anlagenbetreibern im Zentrum viel Aufmerksamkeit geschenkt. Aber mit diesen Sektoren allein werden wir unsere Klimaziele nicht erreichen. Ich halte es deshalb für logisch, den Blick auf den großen Brocken zu richten. Mehr als ein Drittel des gesamten Energieverbrauchs und fast die Hälfte des Stromverbrauchs in Deutschland entfällt auf die Industrie. Dort liegen die schwierigen Potenziale, wobei der Green Deal der EU zusätzlich für mächtig Druck sorgt.

ne: Tatsächlich wird in den jüngsten Diskussionen ein wichtiger Faktor hervorgehoben, nämlich dass die Industrie bis 2045 klimaneutral sein soll, bis dahin aber nur noch ein Investitionszyklus ansteht ...

Leprich: Das stimmt. Gerade in der Grundstoffindustrie werden Produktionsanlagen über einen langen Zeitraum abgeschrieben. Wer also heute bei der Technologie und dem Energieträger eine Entscheidung trifft, die nicht die Möglichkeiten bietet, die klimapolitischen Zielsetzungen zu erreichen, für den wird es ein böses Erwachen geben. Das trifft auch die Bundesregierung, wenn die ab einem Zeitpunkt X feststellen muss, dass sie die Klimaziele des Pariser Abkommens nicht erreicht. Müssten solche, für den Klimaschutz ungeeigneten Anlagen daraufhin abge-

schaltet werden, würde das volkswirtschaftlich sehr teuer werden. Dann sprechen wir von Stranded Investments.

ne: Der Energieversorger RWE und der Chemiekonzern BASF haben sich zusammengetan, um gemeinsam ein großes Offshore-Projekt zu stemmen. Sind Kooperationen zwischen Großherzeuger und Großabnehmer ein zukunftsweisendes Modell, um den ‚großen Brocken‘ in den Griff zu bekommen und die Energiewende damit zu beschleunigen?

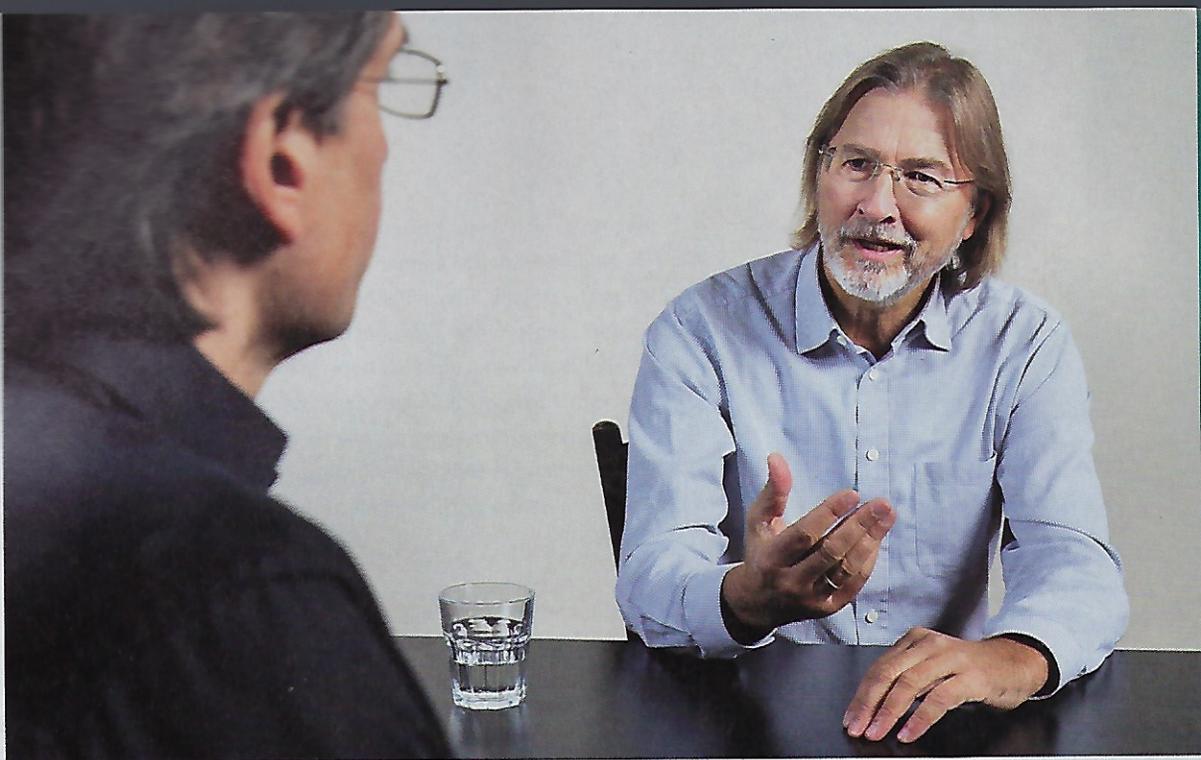
Leprich: In Einzelfällen ja. Gerade, wenn ein Gigant wie BASF sich ernsthaft bemühen will und von einem anderen Giganten unterstützt wird, ist das natürlich hilfreich. Aber wir müssen grundsätzlicher fragen, welche Zielsetzung dahintersteht. BASF geht es darum, ungebremst zu produzieren und mindestens bisherige Absatzvolumina zu sichern, also einfach so weiterzumachen wie bisher, nur eben klimaneutral. Dabei muss zudem genau betrachtet werden, wie solche Unternehmen wie BASF oder auch RWE „Klimaneutralität“ definieren, denn da gibt es eine ziemliche Bandbreite.

ne: Nämlich?

Leprich: Das reicht von der Reduzierung der eigenen Treibhausgase auf Null bis hin zum Ausstoß in völlig unveränderter Höhe, der dann lediglich kompensiert wird. Aber Kompensationsprogramme sind erfahrungsgemäß häufig Mogelpackungen, die eine Treibhausgas-Reduktion lediglich auf dem Papier, nicht jedoch in der Realität nachweisen können. Wenn ein Unternehmen beispielsweise Zertifikate von Wiederaufforstungsprojekten in Indonesien kauft, am eigenen Standort aber nicht viel ändert,

Uwe Leprich

unterrichtet an der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes in den Fächern Wirtschafts-, Energie- und Umweltpolitik. Von April 2016 bis März 2018 leitete er am Umweltbundesamt in Dessau die Abteilung Klimaschutz und Energie.



dann hilft das in der globalen Klimakrise nicht wirklich weiter. Wir brauchen beim Thema Klimaneutralität maximale Transparenz, um mögliches Greenwashing der Industrie bereits im Ansatz aufzudecken.

ne: Wirtschaft und Politik betonen immer wieder, dass der Industriestandort Deutschland erhalten bleiben soll. Das ist stets verbunden mit dem Hinweis auf den globalen Wettbewerb. Bei BASF etwa geht man davon aus, dass 50 Prozent des Chemie-Weltmarkts 2030 von China dominiert wird. Das befördert natürlich die nationale Diskussion, die Industrie beim Klimaschutz nicht übermäßig zu belasten. Wie bewerten Sie das?

Leprich: Ich würde mal so anfangen: Wenn China sich entscheiden sollte, den Klimaschutz nicht ernst zu nehmen, dann ist die Klimakrise, und zwar eine dramatische Klimakrise, vorgezeichnet. Zum Glück scheint das aber nicht der Fall zu sein. In den letz-

ten Jahren wurden dort beispielsweise enorm viele Wind- und Solaranlagen installiert. Und man ist auch dabei, erste Industrieprozesse auf Klimaneutralität umzustellen. Wenn nun hierzulande gedroht wird, dass Unternehmen im Zweifel abwandern, weil bei uns der Klimaschutz überzogen sei und die Politik deshalb keine zu ambitionierten Ziele formulieren sollte, dann ist das auf Dauer keine besonders überzeugende Argumentation. Aber die neue Studie des Bundesverbands der Deutschen Industrie „Klimapfade 2.0“ zeigt ja zum Glück gerade, dass die deutsche Industrie offensichtlich bereit ist, die notwendige fundamentale Transformation offensiv anzugehen (siehe Seite 12).

ne: China entwickelt sich demnach, im Guten wie im Schlechten, zum Taktgeber für europäische Unternehmen?

Leprich: Absolut. China wird noch vor Ende des Jahrzehnts die stärkste Wirtschaftsnation der Erde

WINDWÄRTS

ENERGIE AUS DEM NORDEN

Wir sorgen dafür, dass es bei Ihnen rund läuft!

Egal, ob technische oder kaufmännische Betriebsführung: Unsere Experten holen das Beste aus Ihrem Windpark raus.

www.windwaerts.de

Interessiert?
Jetzt anrufen!

0511 123 573-308



**29. WINDENERGIETAGE
DER MENSCH IM MITTELPUNKT**

10. BIS 12. NOVEMBER 2021 IN POTSDAM

Wir freuen uns
auf Ihren Besuch!
Forum 14

sein. Exemplarisch dazu: In Deutschland werden jährlich rund 40 Millionen Tonnen Stahl produziert, in China sind es knapp 900 Millionen Tonnen. Wobei es auch dort längst darum geht, hochwertige Qualität zu produzieren. Wenn der Weltmarkt in Richtung CO₂-freier Stahl geht, wird China schnell ganz vorn mit dabei sein. Insofern gehe ich davon aus, dass uns China mit seinem zielstrebigem Vorgehen sehr bald in Sachen Klimaverträglichkeit große Konkurrenz machen wird.

ne: Das Klimaschutzargument muss also künftig nicht unbedingt für Deutschland als Produktionsstandort sprechen?

Leprich: Es gibt bekanntlich stromintensive Industriezweige, die in Deutschland mit immer noch relativ schmutzigem Strom produzieren, obwohl es Länder gibt, in denen der Strom im Vergleich viel sauberer ist und die Produktionskosten niedriger sind. Es ist also schlicht falsch zu behaupten, dass es für den Klimaschutz stets besser sei, zum Beispiel Aluminium in Deutschland herzustellen. Nein, vielleicht wäre es klimapolitisch sogar erwünscht, stromintensive Industriezweige ziehen zu lassen, wenn an einem anderen Ort dieser Welt auf Basis erneuerbarer Energien eine CO₂-freie Produktion schneller möglich ist als bei uns. Eine solche volkswirtschaftliche und zugleich klimapolitische Diskussion, ob es vernünftig ist, bestimmte Produktionen in Deutschland zu halten angesichts einer fortgeschrittenen weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung, wird aber gar nicht erst zugelassen. Wenn es beim Industriestandort Deutschland in Wahrheit in allererster Linie um Arbeitsplätze und um Wertschöpfung geht, dann sollte man das deutlich sagen und nicht den Klimaschutz vorschieben.

ne: Kommen wir zu den Instrumenten. Sie sagen, die CO₂-Bepreisung reicht für globalen, effektiven Klimaschutz nicht aus. Um welche anderen Instrumente geht es Ihnen?

Leprich: In einem breiten und hochkomplexen Policy Mix würde ich persönlich das Ordnungsrecht wie etwa eine weitere Verschärfung der Ökodesign-Richtlinie, der CO₂-Grenzwerte für Pkw und ein zeitnahes Öl- und Gasheizungsverbot für Neubauten eindeutig favorisieren. Hinzu kämen sicherlich monetär steuernde Instrumente wie die City-Maut, die Kerosinsteuer und die überfällige Streichung aller fossilen Subventionen.

ne: Zumindest beim Kohleausstieg scheinen sich die Experten einig, dass er deutlich vor 2038 voll-

zogen sein wird, wenn der CO₂-Preis weiter steigt. Ist die Rechnung so einfach?

Leprich: Es gibt dabei zwei große ‚Wenns‘: Erstens wenn sich der CO₂-Preis im Emissionshandel bei über 50 Euro je Tonne stabilisiert und nicht wieder absinkt. Und zweitens wenn es gelingt, in Deutschland genügend Backup-Kapazitäten zu errichten, mit denen wir die Dunkelflauten bei wenig Sonne und Wind überbrücken können. Dann wird in der Tat die Ökonomie einen deutlich schnelleren Kohleausstieg erzwingen.

ne: RWE-CEO Markus Krebber geht davon aus, dass die Bundesnetzagentur den vorgezogenen Kohleausstieg nicht genehmigen dürfte, weil wir in Deutschland zu wenig Erdgaskapazitäten haben...

Leprich: Heute bereits besteht der größte Teil des nationalen Kraftwerkparks neben den Erneuerbaren-Anlagen aus Erdgaskraftwerken, aktuell rund 30 Gigawatt. Das wird aber nicht ausreichen. Künftig könnte über Ausschreibungen ermittelt werden, welche zusätzlich notwendigen Flexibilitäts-Optionen am preiswertesten sind.

ne: Wie groß ist der Bedarf im Jahr 2030 nach Ihrer Schätzung?

Leprich: Wenn die zur Verfügung stehenden Importkapazitäten während der Dunkelflauten in den kalten Wintermonaten nur zu maximal einem Viertel in Anspruch genommen werden können und Wind- und PV-Anlagen auch in der großflächigen Durchmischung kaum gesicherte Leistung an kritischen Tagen bereitstellen, dann könnte nach meinen Schätzungen im Jahr 2030 in der Tat eine Leistungslücke von bis zu 20 Gigawatt abzudecken sein. Die mit einer Laufzeitverlängerung der Kohlekraftwerke kompensieren zu wollen entspricht dem aussterbenden Denken, den Klimavertrag von Paris nicht ernst zu nehmen. Das wird die künftige Regierung hoffentlich nicht riskieren.

ne: Auf Gaskraftwerke, die später technisch auf Wasserstoff umrüstbar sind, wird nun auch in den Sondierungsgesprächen zur Ampel-Koalition gesetzt. Manch ein Experte warnt jedoch davor, dass wir uns dann wegen der langen Abschreibungszyklen möglicherweise an eine fossile Energieform binden würden...

Leprich: Es kommt dabei auf die Größe der Gaskraftwerke an. Bei sehr großen Gas- und Dampf-Kraftwerken besteht die Gefahr eines Lock-ins. Dort muss aufgrund der hohen Kosten mit einer Abschreibung von bis zu 20 Jahren gerechnet wer-

den. Wir brauchen aber eher kleinere KWK-Anlagen und Gasturbinen für überschaubare, dezentral organisierte Systeme als Backup. Wenn die dann für den Einsatz von Wasserstoff geeignet sind, entsteht auch keine längerfristige Bindung an Erdgas.

ne: Wirtschaftsvertreter erinnern die Politik zunehmend daran, dass es in Deutschland mal deutlich höhere Wachstumsraten gab, etwa weil die Bundesregierung Konjunktur- und Infrastrukturprogramme aufgelegt hatte. Sollte sich die neue Bundesregierung das bei der anstehenden Transformation von Industrie und Infrastruktur zum Vorbild nehmen?

Leprich: Ich würde zwei Dinge trennen. Das eine ist, wir brauchen ohne jeden Zweifel ein massives Investitionsprogramm, und zwar in allen Bereichen der Infrastruktur. Dieser gigantische Nachholbedarf ist verschuldet durch die jahrelange politische Selbstfesselung mit der „schwarzen Null“. Wer aber denkt, wir bräuchten heute wieder ein ähnlich hohes jährliches Wirtschaftswachstum wie früher, der hat immer noch nicht verstanden, in welcher extrem gefährlichen Situation sich unser Planet Erde befindet. Wir können mit dem Wachstum unmöglich so weitermachen wie bisher. Wer an unserer Verschwendungsökonomie und dem aus allen Fugen geratene Konsumrausch festhalten will, an dieser Fülle von schnell verschleißenden und aus der Mode kommenden Produkten, die nur produziert werden, damit Absatz generiert wird, der hat nichts verstanden.

ne: Es geht also um unseren Lebensstil allgemein?

Leprich: Selbstverständlich müssen wir im Rahmen der Klimaschutzdiskussion verdeutlichen, dass wir Selbstgenügsamkeit und Beschränkungen brauchen. Ein Indikator wie Wirtschaftswachstum ist dabei gänzlich ungeeignet, um unser Wohlbefinden abzubilden. Wir müssen deutlich weniger produzieren, schrumpfen, um auch nur ansatzweise diese existenziellen Probleme, die sich aufgestaut haben, lösen zu können. Das führt dann beispielsweise auch zu deutlich geringeren Arbeitszeiten und neuartigen Absicherungssystemen. Und überschaubare dezentrale Systeme erscheinen dabei weniger krisenanfällig, in ihnen lassen sich Selbstgenügsamkeit und Beschränkungen eher organisieren, wenn die sich verschärfende Klimakrise uns dazu zwingt.

ne: Ist es realistisch, dass es dafür eine globale Strategie geben kann?

Leprich: Es ist dann realistisch, wenn sich Anzahl und Ausmaß der Katastrophen weiter erhöhen.

DARK SKY

Die BNK-Komplettlösung:

- ✈ BNK-System
- ✈ Befeuerungssystem
 - ↳ nach neuer AVV
 - ↳ inklusive BNK-Schnittstelle
 - ↳ mit IR-Anteil
- ✈ Installation und Wartung
- ✈ Standortprüfung
- ✈ Anzeige nach BImSchG

Alles aus einer Hand.
Ganz nach Ihrem Bedarf.



+49 395 766 580 80
info@dark-sky.com

www.dark-sky.com

Günstiger betreiben.

Mehr erreichen!

Wir übernehmen die komplette Betriebsführung Ihrer Windkraftanlage oder Ihres Umspannwerks.

- ✓ technisch und kaufmännisch
- ✓ effizient und zuverlässig
- ✓ individuell und kostengünstig

Jetzt Preise vergleichen:

angebot@ebert-energie.de



EBERT
Erneuerbare Energien

Ebert Erneuerbare Energien Wind GmbH & Co. KG

Standorte in Kiel und Braunschweig.

Telefon: 0431 979 981-10 E-Mail: info@ebert-energie.de

Weiter Infos unter: www.ebert-energie.de/betriebsfuehrung

Voller Energie für das Klima



Witregenerativer Energie beschäftigen wir uns seit über 20 Jahren. Die saubere Versorgung mit Strom, Wärme und Kälte treiben wir ambitioniert voran. Mit viel Erfahrung und Know-how als kompetenter Partner bringen wir auch Sie nach vorne.

www.stawagklima.de

 **STAWAG**

Dann kommt es unausweichlich zu Disruptionen. Es gab ja bereits Phasen der Schrumpfung, auch weltweit. Dabei ging es immer um große Krisen. Zwei Ölpreiskrisen in den 1970er Jahren, der Finanz-Crash 2008/2009, jetzt aktuell die Corona-Pandemie. Und die Katastrophen, Waldbrände, Hochwasser, Wirbelstürme, extreme Trockenheit nehmen weltweit zu. Es fällt mir schwer zu glauben, dass die Politik auf Dauer bei der ‚Weiter-so‘ Strategie bleiben kann. Das käme einer Kapitulation gleich.

ne: Berechnungen zum Verhältnis von Bruttoinlandsprodukt und CO₂-Emissionen im globalen Durchschnitt zeigen, dass die Emissionen von 1995 bis 2018 jährlich um 1,6 Prozent gefallen sind. Um bis 2050 auf Null zu kommen, müsste es nun jährlich um ein Minus von 9,78 Prozent gehen...

Leprich: Das wird nur durch organisierte Schrumpfung gehen. Alles andere ist verlogen. Seit Jahren wird von qualitativem oder grünem Wachstum gesprochen. Das ist alles nur Semantik. In vielen Bereichen haben wir bei Investitionen in nachhaltige Produkte auch Rebound-Effekte gesehen. An einer Stelle wird eingespart, an der anderen Stelle wieder ausgegeben.

ne: Selbst wenn die Investitionen darin bestehen, die Industrie energiewendegerecht umzubauen, wie Sie es anmahnen?

Leprich: Natürlich ist es gut, wenn wir in der Industrie Ansätze haben, CO₂-Emissionen zu vermeiden, auf Wasserstoff umzustellen, endlich bei der Energieeffizienz vorwärtszukommen. Bei Bosch wurde Letzteres vor zehn Jahren vom Vorstand einfach entschieden, aber man kann das auch über Ordnungspolitik machen. Nur wird all das vielleicht dazu ausreichen, dass wir global nicht über vier Grad Erwärmung kommen. Das ist aber sehr weit weg von den 1,5 oder zwei Grad des Pariser Klimaabkommens. Und dass das zu schlimmen Katastrophen führen wird, ist allen klar. Das ist auch meine Hauptkritik an dieser Fülle neuer Klimaneutralitäts-Studien, die zwar von hochkarätigen Konsortien erstellt wurden, aber alle systemimmanent argumentieren, also unseren zerstörerischen Lebensstil nicht antasten, nach dem Motto, die Ingenieure und Erfinder sollen es bitteschön richten. Dass wir den Ausbau der Erneuerbaren vervielfachen müssen, ist schon lange klar. Und insofern trivial. Aber wenn der Windstrom dann dazu dient, einen Drittfernseher in der Küche oder im Winter draußen Heizstrahler zu betreiben, ist klima- und ressourcenpolitisch nichts gewonnen. ◀